

Parteiübergreifend gegen Lobbyismus

Abgeordnete selbst sollen sich für strengere Regeln gegen Beeinflussung und Bestechung einsetzen

Von Susanne Scheckel

Lobbyismus ist in der Politik weit verbreitet. Bisher schob die Regierung dem aber nur halbherzig einen Riegel vor. Ein SPD-Abgeordneter baut nun auf eine fraktionsübergreifende Initiative.

Den Lobbyismus im Bundestag ins Licht der Öffentlichkeit rücken - das will der SPD-Abgeordnete Marco Bülow auch ohne die Unterstützung der Regierung hinkriegen. Obwohl das Thema bei seiner Fraktionsspitze offenbar erst mal durch ist, äußerte er sich gegenüber »nd« optimistisch: »Ich bin da nicht hoffnungslos, dass es in dieser Legislaturperiode noch eine Chance gibt, das Lobbyregister einzuführen.« Der Initiator eines Verhaltenskodexes, mit dem sich Abgeordnete freiwillig zu Transparenz verpflichten können, hofft auf einen Gruppenantrag. Fraktionsübergreifend soll durchgesetzt werden, was lobbykritische Verbände seit Jahren fordern: ein öffentliches Register, in dem Lobbyisten unter anderem Auftraggeber und Finanzierung offen legen müssen.

Der Mitbegründer des Bürgerbeteiligungsportals »abgeordnetenwatch.de«, Gregor Hackmack, bestätigte gegenüber »nd«, dass die SPD-Fraktionsspitze dem Thema Transparenz derzeit wohl keine Priorität beimesse. Das große Interesse an einer parteiübergreifenden Debatte Anfang Juni, bei der Bülow den neugewählten Abgeordneten seinen Verhaltenskodex vorgestellt hatte, zeige zwar, dass Potenzial da sei. »Aber es gibt keine konkrete Initiative, die Geschäftsordnung anzupacken«, bedauert Hackmack.

Die Initiative zu den letzten beiden Gesetzen, die sich mit dem Thema Lobbyismus beschäftigten, ging jedenfalls nicht von der Regierung aus, sondern war eine Reaktion auf äußere Einflüsse. Etwa bei der Offenlegung der Nebentätigkeiten von Abgeordneten. Schwarz-Gelb reagierte mit einer Neuregelung auf die Forderung der Opposition nach einem centgenauen Nachweis von Zusatzeinkünften: Wurden bis 2013 die Gehälter nur in drei Stufen eingeteilt, sind die Abgeordneten in der laufenden Legislaturperiode das erste Mal dazu verpflichtet, nach zehn Gehaltsstufen zu differenzieren. Die oberste beginnt bei 250 000 Euro im Monat.

Dazu hatte sich die SPD erst durchringen können, nachdem ihr damaliger Kanzlerkandidat mitten im Wahlkampf ins Gerede gekommen war: Der »Spiegel« hatte im Oktober 2012 aufgedeckt, dass Peer Steinbrück nach seiner Amtszeit als Bundesfinanzminister gut bezahlte Reden bei Instituten hielt, die zuvor von seinem ehemaligen Ministerium

beauftragt worden waren. So kassierte Steinbrück 15 000 Euro für einen Vortrag bei Freshfields Bruckhaus Deringer, einer Kanzlei, die von 2005 bis 2009 für 1,8 Millionen Euro an Gesetzen mitarbeitete, darunter auch welche zur Bankenrettung.

Das Thema Abgeordnetenbestechung entdeckte die SPD ebenfalls im Wahlkampf, während dafür von »abgeordnetenwatch.de« bereits mit einer Unterschriftenkampagne getrommelt wurde. Doch das Gesetz, nach dem künftig nicht nur Stimmenkauf, sondern auch allgemein Beeinflussung oder Vorteilsnahme strafbar ist, habe die SPD dem neuen Koalitionspartner CDU/CSU im Februar 2014 nur gegen eine Diätenerhöhung abringen können, so Hackmack. Zudem beklagte er, dass die Formulierung des Gesetzestextes den Nachweis einer Bestechung praktisch unmöglich mache - eine Kritik, die Bülow teilt.

Ob eine fraktionsübergreifende Initiative strengere Vorgaben machen würde, ist fraglich. Bülow ist zwar der Meinung, dass die Thematik nicht Sache einer Regierung, sondern der Abgeordneten selbst ist. Doch diese sind offenbar nicht immer nur ihrem Gewissen unterworfen. So wurde Siegfried Kauder (damals CDU) in der vergangenen Legislaturperiode für seine Aufmüpfigkeit gegen die eigene Fraktion laut Bülow »bestraft«. Kauder hatte offen kritisiert, dass die schwarz-gelbe Mehrheit im Rechtsausschuss das Thema Abgeordnetenbestechung immer wieder kommentarlos vertagt und so eine Bundestagsabstimmung verhindert habe. Danach wollte die CDU ihn nicht mehr aufstellen - er scheiterte als Einzelbewerber in der Bundestagswahl 2013.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/939088.parteiuebergreifend-gegen-lobbyismus.html>